

Bürger sollen Sonne nutzen

Einwohnerantrag führt zu Minimalkonsens in Sachen Energiepolitik

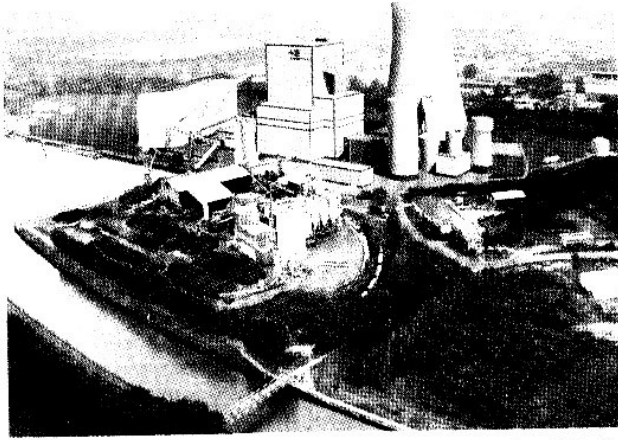
LÜNEN • In den aus ihrer Sicht wichtigsten Punkten scheiterte die Bürgerinitiative zwar mit ihrem Einwohnerantrag, doch in Sachen Energiepolitik gab es doch noch einen Minimalkonsens.

Nach Beratung zwischen BI-Vertretern, Fraktionen und Bürgermeister wurde der Passus im Antrag, wonach sich die Stadt freiwillig auf eine Reduzierung des Kohlendioxid-Ausstoßes verpflichten soll, geändert.

Neue Version

Anschließend beschloss der Rat einstimmig eine neue Version. Darin heißt es, dass der Rat eine Politik der CO₂-Reduzierung fortsetzen wird und die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur umweltfreundlichen Energieerzeugung zu erstellen. Die Bürger werden vom Rat aufgefordert, ihre Dächer mit Sonnenkollektoren auszunutzen und dazu die Energieberatung der Stadtwerke bzw. die Verbraucherberatung aufzusuchen.

CDU-Fraktionschef Friedhelm Schroeter hatte zuvor zahlreiche Beispiele für eine



Wenn es nach der Ratsmehrheit geht, kann das Trianel-Kraftwerk im Stummhafen gebaut werden.

Grafik Trianel

umweltfreundliche Energiepolitik in Lünen aufgezählt: „Die freiwillige Selbstverpflichtung auf Reduzierung des CO₂-Ausstoßes findet bereits seit Jahrzehnten in Lünen statt.“

Im Bau eines neuen, modernen Steinkohlekraftwerks durch den Stadtwerkeverbund Trianel sieht die Ratsmehrheit keinen Widerspruch dazu. Sie setzt darauf, wie Umweltminister Sigmar Gabriel, dass alte, ineffiziente Kraftwerke vom Netz gehen

für Gesamtstaub, regt regelmäßige Untersuchungen des Kühlwassers auf Legionellen an, pocht auf die Einhaltung der in den Gutachten zugesicherten Werte zum Schallschutz und legt nahe, die Beinträchtigung des Landschaftsbildes durch geeignete Maßnahmen zu mildern.

Schroeter schäumt

Die gesamte Kraftwerks-Debatte im Rat verlief weitgehend sachlich. Nur am Ende gingen die Wogen noch mal hoch.

CDU-Fraktionsvorsitzender Friedhelm Schroeter empörte sich über den (nicht mehr anwesenden) BI-Vorsitzenden Thomas Matthée, weil es in der Resolution der BI an Bundesumweltminister Gabriel heißt, dass sich ein großer Teil der Ratsmitglieder nicht die Mühe gemacht hat, sich umfassend zu informieren und z.B. die Original-Antragsunterlagen einzusehen. „Eine Unverfrorenheit“, schäumte Schroeter, verlangte, dass Matthée die Formulierung zurücknimmt oder sich entschuldigt. ■

» www.kraftwerk-luenen.de

» www.kontra-kohle-kraftwerk.de